



EUROPA-UNION Deutschland LV Niedersachsen e.V.

eu-niedersachsen@gmx.de

An die
Vorstände und Mitglieder
im Landesverband Niedersachsen

November 2012

Europa in Niedersachsen 4 – 2012

Werte Kolleginnen und Kollegen,

wie sehr hervorragende Rahmenbedingungen die inhaltliche Arbeit erleichtern und beflügeln können, zeigte der **Bundeskongress der Europa-Union Deutschland (EUD)** Ende Oktober in Düsseldorf. Als Veranstaltungsort stand der Landtag von Nordrhein-Westfalen zur Verfügung, die Parlamentspräsidentin Carina Gödecke begrüßte die Delegierten, die Europaministerin des Landes, Dr. Angelica Schwall-Düren, und der **Präsident des Europäischen Parlaments**, Martin Schulz, hielten europapolitische Grundsatzreden zum Thema „**Mehr Europa wagen!**“. Für das Plenum standen wegweisende Entscheidungen über die europäische Einigung im 21. Jahrhundert auf dem Programm: ein Leitantrag und weitere europapolitische Anträge und vor allem das **Düsseldorfer Programm**, eine Erklärung, die das Hertensteiner Programm von 1946 ergänzen soll.

Zwei Wochen zuvor und ein Tag, nachdem der **Friedensnobelpreis an die EU** vergeben worden war, hatte in Stadthagen die **Landestagung** unseres Landesverbandes stattgefunden. Über „**Wege aus der Krise – Zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion**“ referierte Klaus Busch, Brake, emeritierter Professor für Europäische Studien an der Universität Osnabrück, und regte zu lebhaften und kontroversen Diskussionen an. Nachmittags wurde der Entwurf für das Düsseldorfer Programm beraten und einstimmig eine **Resolution** verabschiedet, die als kurzes Positionspapier uns als Argumentationshilfe in aktuellen Diskussionen dienen soll. Der Landesvorstand bittet Sie, die Texte den Mitgliedern zur Kenntnis zu geben und in Veranstaltungen zur Diskussion zu stellen.

Veranstaltungen im Landesverband

- Göttingen**, 12. November, 19 Uhr, Altes Rathaus:
„**Göttinger Europagespräche**“
mit Abgeordneten der im Landtag vertretenen Parteien
- Hameln**, 17. November, 15 Uhr, Hotel „Stadt Hameln“:
Europäischer Wettbewerb – Präsentation von
Arbeiten von Schülerinnen und Schülern
- Vechta**, 19. November, 20.30 Uhr, LzO Vechta:
„**Staatsschuldenkrise –
Welche Union brauchen wir?**“
Referent: Dr. Rickes, Deutscher Sparkassen- und
Giroverband Berlin
- Oldenburg**, 23. November, 19 Uhr, VHS, Karlstr. 25:
„**Die EU und ihre östlichen Nachbarn**“
mit **MdB Viola von Cramon**, Europaausschuss
- Hannover**, 24. November, 11 Uhr, „Lister Turm“:
Sitzung des Landesvorstands
- Oldenburg**, 10. Dezember, 19 Uhr, Bürgerstraße 1:
„**Die europäische Einigung im 21. Jht.**“
- zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU –
- Hameln**, 10. Dezember, 12 Uhr, Deister- und Weserzeitung:
Public Viewing: Friedensnobelpreis 2012 an EU

Angesichts der dramatischen Herausforderungen, vor denen die Europäische Union (EU) zur Zeit steht, und angesichts des deutlichen Reformbedarfs der EU wendet sich der Landesverband Niedersachsen der Europa-Union Deutschland mit der **Resolution** an Öffentlichkeit und Politik.

Krisen bewältigen in einer starken Gemeinschaft !

Im September 1946, mit historisch einzigartigen Erfahrungen aus den europäischen Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts formulierten Europäer verschiedener Nationen ein wegweisendes Thesenpapier, das Hertensteiner Programm.

Heute, in der wohl dramatischsten Krise des europäischen Einigungsprozesses gilt es wiederum, der Europapolitik eine neue Dynamik zu geben:

- **Die europäische Einigung ist das Zukunftsprojekt**, das Europa über Jahrzehnte Frieden, Freiheit, Wohlstand und Demokratie gebracht hat. Als supranationale Gemeinschaft von Völkern und Staaten ist die Europäische Union den demokratischen Grundüberzeugungen der Aufklärung, der Gewaltenteilung, den internationalen Vereinbarungen für Menschen- und Völkerrechte und Grundfreiheiten und dem Frieden nach innen und außen verpflichtet. In politischer **Einheit** vereinigt und fördert sie die **Vielfalt** der Kulturen ihrer Völker und Regionen.
- **Von der Weiterentwicklung und Vertiefung dieses zukunftsweisenden Projektes** sind die Völker und Staaten Europas in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts stärker denn je abhängig; denn nur im gemeinsamen Handeln in einer soliden und solidarischen Gemeinschaft werden sie ihre politische **Souveränität** erhalten.
- Auslöser und Entwicklungen der aktuellen Krisen haben Versäumnisse in den vergangenen Jahren deutlich gemacht, die Europäische Union so aufzustellen, dass solchen Krisen souverän und zukunftsweisend begegnet werden kann. Darum muss zweierlei gleichzeitig geleistet werden: **die Bewältigung dieser Krisen und die Weiterentwicklung des supranationalen Systems der EU mit transparenten und effizienten Strukturen für nachvollziehbare und bürgernahe Entscheidungsprozesse**. Beide Herausforderungen bedingen sich wechselseitig.
- Bereits seit dem Werner-Plan, nachdrücklich seit den Diskussionen um das Vertragswerk von Maastricht war deutlich, dass eine **Währungsunion** eingebettet sein müsse in eine **Wirtschafts-, Fiskal-, Sozialunion**, bestenfalls in eine **Politische Union**. Diese europapolitischen Perspektiven wurden vernachlässigt, zusätzlich wurde gegen gemeinsam ausgehandelte und vertraglich fixierte (Konvergenz-) Kriterien verstoßen. Das hat nicht nur die Währungsunion anfällig gemacht, sondern auch den Zusammenhalt in der Gemeinschaft gefährdet. Die Erfahrung hat gelehrt: Eine starke Gemeinschaft ist auf eine umfassende Konzeption angewiesen !
- In der Bewältigung der krisenhaften Situationen die Gemeinschaftspolitiken im Zusammenwirken von EP, Rat und Kommission seit 2007 zunehmend durch einen **Intergouvernementalismus** mit Entscheidungen im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs zu ersetzen, hält auch der Landesverband der EUD für einen falschen Weg. Zuständig für die Ausgestaltung von **Gemeinschaftspolitiken** bleiben primär die Organe der EU, deren Kompetenzen und finanzieller Handlungsrahmen weiter zu entwickeln und auszuweiten sind.
- Für die erforderliche **Fortentwicklung der vertraglichen Regelungen in der EU** erwartet der Landesverband legislative Initiativen aus Europäischem Parlament und den Parlamenten der Mitgliedsstaaten, die ggf. von einem Konvent zusammengefasst und in einem **europaweiten Referendum** zeitgleich den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedsstaaten zur Abstimmung gestellt werden.

Einen guten Jahresabschluss wünscht Ihnen

Ihr Landesvorstand

Redaktion: Adolf Schröder, Muttenpottsweg 99 b, 26125 Oldenburg, Tel. 0441 - 302214